20 / 2012 www.sabine-baetzing.de 15.06.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich sagte nur kurz: “Ich bring‘ noch eben den Müll raus!“ und da war’s auch schon passiert. Ein Sturz, ein Knacks und mein Oberarm war kompliziert gebrochen. Dann ging’s ab in die Notaufnahme. „Das muss erst abschwellen, dann können wir Röntgen“, und so weiter…….
Da sitze ich und weiß: „Die nächsten Wochen werden anders, als du dir das vorgestellt hast!“ Es kommen doch noch so wichtige Termine. In Berlin stehen eilige Entscheidungen an. Ich fange an zu überlegen, wie kannst du mit dem gebrochenen Arm dennoch deine Arbeit tun.
Und dann merke ich, dass es im Moment wirklich nicht geht. Ich muss geduldig abwarten. Das ist mir schwerer als eine stressige Woche. Ich hoffe, ich kann bald wieder im Einsatz sein und sage euch nur eins: „Passt bloß auf, wenn ihr den Müll rausbringt!“
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Kinderarbeit – Die Ausbeutung muss ein Ende haben!

Ob Fußbälle, Kakaoerzeugnisse oder Grabsteine – viele Produkte, die auch auf den deutschen Markt gelangen, stammen aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Deswegen muss die Regierung entschieden gegen Kinderarbeit auf nationaler und internationaler Ebene vorgehen. Kinderarbeit ist ein Verbrechen und eine besonders subtile Form von Gewalt gegen Kinder.
Zwar ächten internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnorm 182 ausbeuterische Kinderarbeit, aber nach wie vor arbeiten täglich über 200 Millionen Kinder weltweit. Fast die Hälfte der arbeitenden Jungen und Mädchen haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Kinderarbeit ist ein Hauptgrund, der einen regulären Schulbesuch von Kindern verhindert. Bildung ist aber ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung von Armut und ausbeuterischer Kinderarbeit.
Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Maßnahmen umzusetzen, um ausbeuterische Kinderarbeit aktiv zu bekämpfen. Bislang hat Schwarz-Gelb es versäumt, bei der Bekämpfung der weltweiten Kinderarbeit eine Vorreiterrolle einzunehmen.
Die Bundesregierung muss sich für ein Verbot von Kinderarbeit bei allen EU-Handelsabkommen einsetzen und ein Importverbot von Waren, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, prüfen. Sie muss stärker auf Unternehmen einwirken, alle relevanten Produktionsschritte zu kontrollieren, um ausbeuterische Kinderarbeit für ein Endprodukt möglichst ausschließen zu können. Ein wichtiger Schritt wäre ein einheitliches Zertifizierungssystem für die gesamte Produktions- und Lieferkette von Produkten, entsprechend des Vorbildes Internationale Rohstoff-transparenz-Initiative EITI.
Die Bundesregierung muss endlich Vorschläge auf den Tisch legen, damit soziale und ökologische Mindeststandards bei der öffentlichen Vergabe angewendet werden. Notwendig sind auch eine bessere Aufklärung für Verbraucherinnen und Verbrauchern, insbesondere für Kinder und Jugendliche über Produkte aus Kinderarbeit und deren Hintergründe.

International

Dirk Niebel – Immer auf dem Teppich bleiben!

Das internationale Parkett ist für Dirk Niebel zu glatt - das wussten wir schon. Neu ist, dass selbst Teppiche den Minister ins Stolpern bringen. Die Affäre "Fliegender Teppich" ist ein erneuter Beleg dafür, mit welch selbstherrlichem Staatsverständnis Herr Niebel sein Ministeramt ausübt:
"L'état, c'est moi - mir kann keiner was". Erst versorgt er Parteifreunde mit Jobs und entmachtet den Personalrat, und jetzt nutzt er auch noch den BND für private Kurierdienste, um seine Reisemitbringsel am Zoll vorbei zu schleusen. Niebel sieht das Entwicklungsministerium offensichtlich nur noch als Selbstbedienungsladen für seine persönlichen Bedürfnisse und die Interessen seiner Partei.
Das Ministerium ist aber weder ein Auffangbecken für gescheiterte Parteikarrieren, noch eine Reise- und Transportagentur für Souvenirjäger Niebel. Diese schamlose Selbstbedienungsmentalität ist für einen Minister völlig inakzeptabel und schadet der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In Zukunft wird es kaum noch möglich sein, von den Partnerländern gute Regierungsführung, also etwa die Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft, einzufordern. Solche Forderungen entbehren jeder Grundlage, wenn der in Deutschland zuständige Minister sich selbst aufführt wie ein Autokrat und alle Regeln des politischen Anstands über Bord wirft.
Die nach öffentlichem Druck notwendige Erklärung des Ministers in der Teppich-Affäre ist unzureichend. Es bleiben viele offene Fragen, beispielsweise nach den ersparten Transportkosten oder warum ein Fahrer des Ministeriums beauftragt wurde, das private Reisesouvenir vom Flughafen abzuholen.
Interessant wäre auch zu wissen, warum die Nachverzollung erst auf Pressenachfragen beantragt wurde und unter welchen Umständen die Shoppingtour des Ministers in Kabul abgelaufen ist. Diese Fragen muss der Minister dringend beantworten.

Sabines Woche Infoservice

Europa

Reformprogramm der Regierung – Ohrfeige aus Brüssel!

Die Empfehlungen der Europäischen Kommission zum Nationalen Reformprogramm 2012 der Bundesregierung bestätigen die Kritik unserer Bundestagsfraktion: Die Maßnahmen der Bundesregierung in der Sozialpolitik, in der Beschäftigungspolitik und auch in der Bildungspolitik sind falsch.
Während die Bundesregierung die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen hat, empfiehlt die Europäische Kommission, "geeignete Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen speziell für Arbeitslose" aufrechtzuerhalten.
Zudem müssten Frauen, Geringqualifizierte, Geringverdiener, Personen mit Migrationshintergrund, und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker an der Beschäftigung beteiligt werden, um den Fachkräftemangel und den drohenden Wohlstandsverlust aufgrund des demografischen Wandels abzuwenden. Besonders gefährdet seien Minijobber und Langzeitarbeitslose in Deutschland. Die Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit liege für Leiharbeiter und Alleinerziehende in Deutschland über dem jeweiligen EU-Durchschnitt.
Deshalb reicht es nicht aus, dass die Bundesregierung lediglich die Anzahl der Langzeitarbeitslosen verringern will, um die Armut in Deutschland zu reduzieren. In vielen Fällen verschärft die Bundesregierung die Probleme: Neben den Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik betrifft das die Einführung des Betreuungsgeldes, auf das sich die Koalition von CDU/CSU und FDP in einem Kuhhandel geeinigt hat.

Die Europäische Kommission hat erneut festgestellt, dass das Betreuungsgeld "im Widerspruch zu dem Ziel einer Erhöhung des Frauenanteils unter den Beschäftigten" steht. Außerdem sieht die Europäische Kommission die Gefahr, dass durch das Betreuungsgeld "mehr Kinder und gerade solche aus einkommensschwachen Familien nicht an der frühkindlichen Erziehung und Betreuung" teilnähmen.

Deshalb empfiehlt die Europäische Kommission der Bundesregierung ausdrücklich, die Anzahl der Kindertagesstätten und Ganztagsschulen zu erhöhen. Die Kritik der Europäischen Union an der schwarz-gelben Bundesregierung, die sich nicht um sozial- und bildungspolitische Ziele kümmert, ist eindeutig. Gut ist, dass wir von anderen europäischen Ländern lernen könnten, die wie zum Beispiel Frankreich, schon seit vielen Jahren die Kinderbetreuung ausgebaut und gleichzeitig eine höhere Frauenerwerbsquote und höhere Geburtenraten haben.

Schlecht, dass die Bundesregierung von diesen Ländern nicht lernen will.
Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Empfehlungen der Europäischen Kommission umzusetzen und den sozialen Zielen der Europäischen Union mehr Bedeutung beizumessen.

Verbraucherschutz

Gentechnik – Aber die will doch fast niemand!

Eine Aufweichung des Verbots für nicht zugelassene genveränderte Bestandteile in Lebensmitteln darf es nicht geben. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Lebensmittel ohne Gentechnik. Und sie haben ein Recht auf Transparenz und auf Wahlfreiheit. Ministerin Aigner hat angekündigt, die Lockerung des Verbots für solche Genkonstrukte in Lebensmitteln zu verhindern. Das begrüßen wir und bieten unsere Unterstützung an - im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Aigner muss eine rechtliche Absegnung der verdeckten Verunreinigung von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Organismen verhindern. Wer Genkonstrukte ohne EU-Zulassung in Lebensmitteln toleriert, verstößt gegen das Vorsorgeprinzip und führt das Zulassungsverfahren ad absurdum.

Doch die FDP scheint dies nicht zu stören: Dort sieht man sich wohl einzig den Interessen der Gentech-Lobby verpflichtet und unterstützt die Pläne, illegale Genkonstrukte in Lebensmitteln zu tolerieren.

Verkehr

Bundesverkehrswegeplanung – Wir haben ein Konzept!

Unsere Bundestagsfraktion hat diese Woche ein Konzept für eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung beschlossen. Es ist Ergebnis eines breiten Dialogprozesses im Rahmen des Projektes „Infrastrukturkonsens“.
Ziel ist es, den Reformstau in der Verkehrspolitik des Bundes aufzulösen und den Bau von Verkehrswegen wirtschaftlicher, umweltfreundlicher und bürgernäher zu gestalten.

Wir wollen weg von der bisherigen intransparenten und oft willkürlich erscheinenden Planung der Verkehrswege. Eine moderne Planung muss verkehrsträgerübergreifend erfolgen.
Statt einer isolierten Betrachtung einzelner Projekte muss das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes als Ganzes im Mittelpunkt stehen. Eine klare Priorität soll deshalb bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau hoch belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte liegen.

Hierfür soll ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ aufgelegt werden, mit dem überregional bedeutsame Projekte mit hohem verkehrlichem und wirtschaftlichem Nutzen vorrangig realisiert werden. Gleichzeitig sollen Länder und Kommunen bei Bundesverkehrsprojekten mehr Gestaltungsspielräume erhalten. Stark ausgeweitet werden soll die Bürgerbeteiligung. So sollen etwa die genauen Trassen künftig mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort festgelegt werden.

Bonbon

„Wäre die deutsche Politik ein Auto, ich fürchte, sie käme schon seit Jahren nicht mehr durch den TÜV“

(Manfred Rommel, CDU)

Termine

Durch meinen Armbruch ist im Moment noch nicht klar, welche Termine ich wahrnehmen kann.
Ich muss weitere Untersuchungen abwarten und sehen, welche Therapie mir verordnet wird.